Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

20. Sitzung (29.01.1856)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

XX. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer der Landstände.

Karlsruhe, den 29. Januar 1856.

In Gegenwart der Herren Regierungscommissäre: Staatsminister Frhr. v. Rüdt, Staatsrath Regenauer, Staatsrath Freiherr v. Wechmar und Geheimer Referendär Prestinari,

so wie

der Mitglieder der Kammer, mit Ausnahme der Abgeordneten: Bausch, Hübsch und Sachs.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Junghanns.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und das Sekretariat zeigt folgende neue Eingaben an:

1. der Gemeinden Neudorf, Wiesenthal, Philippsburg, Oberhausen, Uebernahme der Kosten des Straßenbaues im Philippsburger Amtsbezirk auf die Großh. Staatskasse, übergeben von dem Abg. Rettig;
2. der Stadtgemeinde Ueberlingen, um Auszahlung rückständiger Militärverpflegungsgelder, übergeben von dem Abg. Schmalholz;
3. der Wirthe der Stadt und des Amtsbezirks Neckargemünd, Abänderung der Weinaccisgesetze;
4. der Wirthe des Amtsbezirks Bretten, in gleichem Betreff;
5. der Wirthe zu Käferthal und Sandhofen in gleichem Betreff, übergeben von dem Abg. Restler;
6. der Wirthsinnung zu Heidelberg in gleichem Betreff, übergeben von dem Abg. Anderst;
7. des Gemeinderaths und Bürgerausschusses in Heidelberg, über Abänderung verschiedener Bestimmungen der Gemeindeordnung, übergeben von dem Abg. Anderst.

Letztere Petition wird der betreffenden Commission, die übrigen der Petitionscommission überwiesen.

Sofort bringt der

Präsident zur Kenntniß der Kammer, daß in die Commission für den von der ersten Kammer mitgetheilten Gesetzesentwurf, die Allodifikation der eigentlichen Lehen betreffend, folgende Mitglieder gewählt worden sind:

1. Bausch, 2. Schmalholz, 3. Sachs, 4. Faller, 5. Betzinger,

und ersucht zugleich das Mitglied der ersten Abtheilung, die Commission alsbald zusammenzurufen, behufs der Wahl eines Berichterstatters.

Ferner macht Derselbe bekannt, daß nach einer Mittheilung des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten noch im Laufe dieses Monats ein weiteres Glied der Kette der badischen Eisenbahn, nämlich die Strecke von Basel nach Säckingen dem Betriebe übergeben werden solle, und am 2. Februar eine Probefahrt zur Besichtigung der Bahn und ihrer Beiwerke statt finde, wozu die Mitglieder der Kammer eingeladen werden.

Staatsminister Frhr. v. Rüdt legt hierauf der Kammer vor, den Entwurf des Eisenbahnbaubudgets für 1856 und 1857, in Verbindung mit der Nachweisung der Verwendungen auf den Eisenbahnbau in den Jahren 1854 und 1855.

(4s Beilagenheft, Seite 209 bis 268).

Deßgleichen einen Nachtrag zu dem außerordentlichen Budget der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung für 1856 und 1857, enthaltend die aus der Budgetperiode 1854 und 1855 zu übertragenden Kredite.

(4s Beilagenheft, Seite 269 bis 272).

Diese Vorlage begleitet der Herr Staatsminister Frhr. v. Rüdt mit folgenden Worten:

Durch Verlesung des ausführlichen Vortrags will ich Sie nicht ermüden, sondern blos im Allgemeinen die Hauptmomente anführen. Der Vortrag zerfällt in die Nachweisung

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

über den Vollzug des Eisenbahnbaubudgets für 1854 und 1855, und Fortführung des Eisenbahnbaues in dieser Budgetperiode, wie dies durch das Gesetz von 1838 vorgeschrieben ist. Was die Nachweisung betrifft, so hat das Eisenbahnbaubudget für 1854 und 1855 7,817,771 fl. bewilligt für die Eisenbahnbauverwaltung, und 2,987,000 fl. für die Eisenbahnbetriebsverwaltung. Hiezu kam dann noch ein Administrativkredit, der bewilligt wurde, um Güterwagen ꝛc. anzuschaffen. Hievon wurden im Ganzen verwendet 7,999,904 fl., so daß also übrig blieben 3,086,877 fl., wovon auf die Bauverwaltung 2,460,307 fl. und die Eisenbahnbetriebsverwaltung 468,709 fl., zusammen 2,929,016 fl. kamen. Gegen den Voranschlag ist weniger ausgegeben worden 157,853 fl. 47 kr. Diese Minderausgabe ist bei der Bauverwaltung eine vollständige Ersparniß, die herbeigeführt wurde durch Ersparnisse bei Legung des zweiten Geleises von Freiburg nach Basel, im Betrage von 103,300 fl., bei dem Mannheimer Hafenbau mit 6,140 fl., dagegen erscheint eine kleine Mehrausgabe von 3,427 fl., so daß die Ersparniß beträgt 154,987 fl. Unter den Minderausgaben der Eisenbahnbetriebsverwaltung ist die Nichtverwendung des bewilligten Budgetsatzes für Legung eines zweiten Drahtes für den Telegraphen von Kehl nach Basel im Betrage von 19,860 fl. Ferner hat sich eine Ersparniß bei der Umlegung der Schienengeleise ergeben im Betrage von 32,066 fl. Diese Ersparniß erscheint übrigens noch bedeutend höher, weil in der Voranschlagung nur die Abänderung der Ausweichspuren vorgesehen war, während sich zeigte, daß eine Erneuerung dieses Punktes erforderlich und jedenfalls in der gegenwärtigen Budgetperiode nothwendig ist, weßhalb man es für zweckmäßig hielt, diese Erneuerung gleichzeitig mit dem Umbau vorzunehmen, indem dies billiger und weniger störend für den Betrieb war. Dies ist aus den Ersparnissen der bewilligten Summe ebenfalls ausgeführt worden.

Das Eisenbahnbaubudget fordert für die nächste Periode 4,460,742 fl., darunter sind aufrecht zu erhaltende Kredite 2,929,017 fl., allein auch diese Summe enthält größtentheils nur die schon im Budget für 1854 und 1855 zur Ausführung in's Budget für 1856 und 1857 zurückgestellten Summen, so daß nach deren Abrechnung nur noch übrig bleibt 162,677 fl. für die Bauverwaltung, und 160,606 fl. für die Betriebsverwaltung, zusammen 323,293 fl. Bei der Bauverwaltung sind die neuen Werke nicht in's Budget aufgenommen, und die Mehrforderung kommt nur davon her, daß der genaue Ueberschlag bei der Vorlage des Budgets für 1854 und 1855 auch nicht hat gemacht werden können, und theils bei Fertigung der Plane, theils bei der Ausführung an einzelnen Stellen eine Ueberschreitung nothwendig wurde. Die unbedeutende Erhöhung ist übrigens wesentlich nur bei dem Bau der Eisenbahn selbst von Basel bis Haltingen herbeigeführt, wogegen bei Ausführung des zweiten Geleises viel erspart wurde, so daß ein Gesammtmehraufwand von 46,762 fl. statt hatte. Bei der Eisenbahnbetriebsverwaltung beträgt die neue Forderung 437,914 fl. Darunter befinden sich aber zu Transportmaterial, deren Verwendung für 1856 und 1857 schon früher genehmigt wurde, 284,400 fl., ferner für Ausrüstungsgegenstände, die mit dem Eisenbahnbau zusammenhängen 48,065 fl., bleibt also neue Forderung nur 105,549 fl. Diese besteht einmal in einer nothwendigen Vergrößerung des Bureaulokals in dem sehr beschränkten Bahnhofe zu Mannheim, ferner in der sehr wünschenswerthen Herstellung der definitiven Güterschoppen in Muggensturm ꝛc., endlich in einer neuen Telegraphenleitung, die wir vorschlagen, und zwar für eine neue Anlage von Heidelberg nach Tauberbischofsheim, Wertheim und Würzburg, und von Kehl durch das Kinzigthal nach Konstanz, die wir im Interesse der betreffenden Landestheile für wünschenswerth halten, als dieselbe einen nicht unbedeutenden Ertrag gewähren wird. Endlich ist noch aufgenommen, die Verlegung des Telegraphenbureau's vom Bahnhof in die Stadt. Es liegt dies im Interesse der Stadt, besonders des Handelsstandes, und ist schon vielfach dringend gewünscht worden. Das Lokal ist auch im Postgebäude hiezu vorhanden, und die Kosten werden nur 2,005 fl. betragen. Ohnehin hätte das Lokal für den Staatstelegraphen in dem Bahnhofe zu Mannheim bedeutend erweitert werden müssen. Sodann habe ich noch als Nachtrag zu dem außerordentlichen Budget das Verzeichniß der in die neue Budgetperiode übergehenden aufrecht zu erhaltenden Kredite zu übergeben. Daran ist der größere Theil noch gar nicht realisirt, oder es sind solche Summen, die bei dem Schlusse des Jahres nicht vollständig bezahlt waren, und bei den letzteren ist ebenfalls eine Ersparniß von 23,900 fl. eingetreten.

Dies ist es, was ich zu der Vorlage bemerken wollte.

Diese Vorlagen gehen an die Budgetcommission.

Knittel erstattet Namens der Budgetcommission die

Anzeige, daß der Bericht über das Budget des Kriegsministeriums für 1856 und 1857 berathen sei, und übergibt denselben sofort zum Drucke.

(5s Beilagenheft, Seite 187 bis 234).

Nachdem der Präsident noch bemerkt hatte, daß der Abg. Allmang in einer der nächsten Sitzungen eine Motion zu begründen gedenke, auf Erlassung eines Gesetzes, wodurch die Gemeinden berechtigt und verpflichtet werden, dahin zu wirken, daß die Zahl der Dürftigen und dadurch die Last der Armenunterstützung sich mindere, führt die Tagesordnung zur Diskussion des durch den Abg. Friderich erstatteten, im fünften Beilagenheft Seite 153 bis 154 ersichtlichen Berichts der Budgetcommission, über das Budget des Großh. Staatsministeriums für 1856 und 1857.

Der Gesammtantrag zu den verschiedenen Positionen dieses Ministeriums geht dahin:

„für Großh. Staatsministerium für das Jahr
1856 . . . . . 1,047,472 fl. — kr.
für das Jahr 1857 . . . 1,049,400 „ — „
zu bewilligen, die für den Ausbau der Bundesfestungen verlangten Summen mit . . . 31,143 „ 29 „
aber in das außerordentliche Budget zu verweisen".

Nachdem der Abg. Schaaff v. M. den Ausbau der Festung Rastatt durch Errichtung eines verschanzten Lagers zur Sprache gebracht und der Herr Regierungscommissär Staatsminister Freiherr v. Rüdt bemerkt, daß dieser Gegenstand gegenwärtig berathen werde, deßgleichen der Herr Regierungscommissär Staatsrath Regenauer, so wie der Berichterstatter bezüglich des von der Budgetcommission gestellten Antrags auf Ueberweisung der für den Ausbau der Bundesfestungen Rastatt und Ulm geforderten 31,143 fl. 29 kr. in das außerordentliche Budget sich geäußert hatten, erklärt sich die Kammer auf die Frage des Präsidenten mit dem Commissionsantrage einverstanden.

Der Tagesordnung gemäß folgt nun die Diskussion des durch den Abg. Friderich erstatteten im fünften Beilagenheft Seite 155 bis 157 ersichtlichen Berichts der Budgetcommission, über das Budget des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten für die Jahre 1856 und 1857.

Die Commission stellt den Gesammtantrag:

„für Großh. Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten:
für das Jahr 1856 . . . . . 111,321 fl.
für das Jahr 1857 . . . . . 110,600 „
zu bewilligen".

Der bei Tit. III. Bundeskosten §. 6 von der Budgetcommission gestellte Antrag auf Nichtbewilligung der zur Aufbesserung der Besoldung eines Kanzleisekretärs zu Frankfurt geforderten weiteren 200 fl. ruft eine kurze Diskussion hervor, an der sich die Herren Regierungscommissäre Staatsminister Frhr. v. Rüdt, die Abg. Schaaff v. M., Bär von Karlsruhe, Regenauer, Kapferer, Ullrich und der Berichterstatter betheiligten.

Bei erfolgter Abstimmung wird ein von dem Abg. Schaaff v. M. gestellter und von dem Abg. Ullrich unterstützter Antrag:

„die im Budget vorgesehenen weiteren 200 fl. als Funktionsgehalte zu bewilligen, verworfen",

und es begründet sofort der Abg.

Blankenhorn-Krafft den Antrag auf Nichtbewilligung der bei Tit. I. Ministerium, Repräsentation, gegen frühere Budgetsätze vorgesehenen weiteren 1,000 fl.

Dieser Antrag findet zwar mehrseitige Unterstützung; nachdem indeß der Abg. Prestinari und der Berichterstatter noch das Wort ergriffen hatten, pflichtet die Kammer bei sofortiger Abstimmung dem Antrage der Budgetcommission

„auf Genehmigung der Erhöhung des Aufwandes für Repräsentation auf 4,000 fl. und des Besoldungssatzes der Räthe auf 8,900 fl."

bei.

Sofort eröffnet der Präsident, nach einer kurzen nachträglichen Bemerkung des Abg. Rottra über Tit. II. Gesandtschaften, die Diskussion über den von der Commission ausgesprochenen Wunsch bei Tit. III. Bundeskosten.

Kirsner stellt nach längerem Vortrage den Antrag, diesen Wunsch zu Protokoll zu erklären, in folgender Fassung:

„die Großh. Regierung möge mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln dahin wirken, daß durch eine weitere Ausbildung der deutschen Bundesverfassung die Einheit und damit die Machtstellung unseres deutschen großen Vaterlandes gestärkt, und ihm

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

diejenige Stellung angebahnt werde, welche in seiner Bevölkerung, seiner Geschichte und der Bildungsstufe des Volkes die Berechtigung findet, und durch die materiellen Interessen des Handels und der Industrie dringend gefordert wird".

Achenbach beantragt, diesen Wunsch in einer Adresse an den Stufen des Thrones niederzulegen, welcher Antrag von dem Abg. Artaria aufgenommen und dahin erweitert wird:

„zu Entwerfung dieser Adresse eine Commission zu bilden, die den Gegenstand reiflich zu überlegen und der Kammer zur Genehmigung vorzulegen habe".

Der Antrag des Abg. Achenbach findet Unterstützung durch den Abg. Schaaff v. M., jener des Abg. Artaria durch den Abg. Bissing.

Von Seiten der Herren Regierungscommissäre betheiligen sich an der Diskussion der Herr Regierungscommissär Staatsminister Frhr. v. Rüdt, und nachdem der Abg. Kirsner seinen Antrag zurückgezogen und mit jenem des Abg. Achenbach vereinigt hatte, schreitet der Präsident zur Fragestellung und Abstimmung.

Im Einverständniß mit der Kammer kommt zunächst der am weitesten gehende Antrag des Abg. Artaria zur Abstimmung.

Derselbe wurde verworfen, wogegen der Antrag des Abg. Achenbach und Kirsner, dahin gehend:

„die Großh. Regierung in Form einer Adresse dringend zu bitten, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß durch eine weitere Ausbildung der deutschen Bundesverfassung die Einheit und damit die Macht unseres großen Vaterlandes gestärkt, und ihm diejenige Stellung wieder angebahnt werde, welche in der Bevölkerung, in der Geschichte und in der Bildungsstufe des Volkes ihre Berechtigung findet, und durch die materiellen Interessen des Handels und der Industrie dringend gefordert wird",

einstimmig zum Beschlusse der Kammer erhoben wird. Gegen den Hauptantrag der Commission hat sich kein Widerspruch erhoben und der Präsident erklärt denselben hiernach gleichfalls für angenommen.

Hierauf folgt Diskussion des im fünften Beilagenheft Seite 171 bis 185 ersichtlichen Berichts des Abg. Muth, über das Budget des Großh. Justizministeriums für 1856 und 1857.

I. Einnahmen und Einnahmslasten.

Strafanstalten.

Bei §. 1. Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken beantragt die Commission die unveränderte Annahme des Budgetsatzes von jährlichen . . . . . 1,640 fl.

Bei §. 2. Erlös aus Inventarienstücken, Materialien und Viktualien

wird beantragt:

„statt der angesetzten . . . . . 3,185 fl.
den Betrag von 5,500 fl. in das Budget aufzunehmen", und zwar:

neues Männerzuchthaus	3,000 fl.
Männerarbeitshaus	600 „
Weiberstrafanstalt	700 „
Zucht- und Arbeitshaus Freiburg . .	600 „
Kreisgefängnisse	600 „
	5,500 fl.

und bei

§. 3. Ertrag des Gewerbsbetriebs für jedes der Jahre 1856 und 1857:

a. vom neuen Männerzuchthaus	71,500 fl.
b. vom Männerarbeitshaus	38,500 „
c. vom Weiberarbeitshaus	9,800 „
d. vom Zucht- und Arbeitshaus in Freiburg	68,000 „
e. von den Kreisgefängnissen	30,000 „
	217,800 fl.

Bei §. 4. Verschiedene und zufällige Einnahmen, findet die Commission gegen den bisherigen Ansatz von 390 fl. nichts zu erinnern.

Ausgabe.

Bei §. 4. Kosten der Arbeitsstoffe und Geräthschaften wird beantragt:

„die Ausgabeposition statt mit . . . 136,634 fl.
mit . . . . . 150,400 „
für jedes der beiden Jahre 1856 und 1857 in das Budget aufzunehmen".

Der Gesammtantrag geht hiernach dahin:

„die Einnahme der Strafanstalten für jedes der beiden Budgetjahre mit . . . . . 225,330 fl.
und der Einnahmslasten mit . . . 167,619 „
zu genehmigen".

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

Gegen sämmtliche Anträge erhebt sich kein Widerspruch und der Präsident erklärt dieselben hiernach für angenommen.

Eigentlicher Staatsaufwand.

Tit. I. Ministerium.

Die Commission beantragt die Beibehaltung des bisherigen Budgetsatzes mit jährlichen . . . 24,570 fl., wogegen keine Erinnerung geschieht.

Tit. II. Oberhofgericht.

Die Commission stellt den Antrag:

„für 1856 die geforderten . . . . . 51,140 fl.
„ 1857 die geforderten . . . . . 48,940 „

zu genehmigen."

Der Abgeordnete

Muth beantragt, den in dem Bericht niedergelegten Wunsch der Commission:

„daß die auch in der Regierungsvorlage als vorübergehend bezeichnete weitere Rathstelle bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit wieder eingehe,"

als einen Wunsch der Kammer in das Protokoll niederzulegen; dieser Antrag findet mehrseitige Unterstützung, und die Kammer erklärt sich nach kurzer Bemerkung von Seiten des Herrn Regierungscommissärs Staatsrath Freiherrn v. Wechmar, auf die Frage des Präsidenten mit demselben einverstanden.

Tit. III. Hofgerichte.

Die Commission beantragt „die Genehmigung der geforderten . . . . . 154,600 fl. für 1856
und . . . . . 154,600 fl. für 1857."

Nach kurzer Debatte, an der sich die Abg. Achenbach, Schaaff v. M., Ullrich, Betzinger, der Berichterstatter und der Herr Regierungscommissär Staatsrath von Wechmar betheiligten, erhält der Antrag die Genehmigung der Kammer.

Ohne Diskussion werden in Uebereinstimmung mit den Commissionsanträgen ferner genehmigt:

Bei

Tit. IV. Rechtspolizeiverwaltung

für 1856 . . . . . 455,653 fl.
für 1857 . . . . . 455,653 „

Bei

Tit. V. Strafanstalten,

mit Berücksichtigung der bei §. 9 beantragten Erhöhung von 8,842 fl. und der bei §. 18 beantragten Ermäßigung von 400 fl., im Ganzen jährlich . . . . 245,860 fl.

Bei

Tit. VI. Verschiedene und zufällige Ausgaben.

Die im Budget vorgesehenen . . . . . 4,300 fl.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist Diskussion des durch den Abg. Nestler erstatteten, im 5. Beilagenheft Seite 159 bis 169 ersichtlichen Berichts der Budgetcommission über das Budget des großherzoglichen Finanzministeriums für 1856 und 1857 und zwar:

Tit. V. Salinenverwaltung.
„ VI. Zollverwaltug.

Zu

Tit. V. Salinenverwaltung

beantragt die Commission:

„bei §. 5 Besoldungen eine Ermäßigung von 1000 fl., dagegen bei §. 6 Gehalte eine Erhöhung von 800 fl. eintreten zu lassen."

Der Hauptantrag geht hiernach dahin:

„der Einnahme für die Jahre 1856 und 1857
mit . . . . . 1,340,683 fl.
und der Ausgabe mit . . . . . 292,225 „

die Genehmigung zu ertheilen."

Nachdem der Herr Regierungscommissär Staatsrath Regenauer das Wort ergriffen, und der Antrag der Budgetcommission durch den Berichterstatter und den Abg. Bär von Karlsruhe dahin modificirt wurde:

„daß für §. 5 Besoldungen jährlich . . 6,600 fl.
und für §. 6 Gehalte jährlich . . . . 10,000 „

bewilligt werden," erklärt sich die Kammer unter Verwerfung eines von dem Abg. Ullrich gestellten und durch den Abg. Muth unterstützten Antrags auf volle Bewilligung der bei §. 5 geforderten 7,600 fl. mit dem modificirten Antrag der Commission einverstanden, wodurch gleichzeitig der Hauptantrag der Commission mit einer Erhöhung der Ausgabe von 200 fl. die Genehmigung erhält.

Tit. VI. Zollverwaltung.

Die Anträge der Budgetcommission für diesen Titel werden

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg

auf Veranlassung des Vorstandes des Finanzministeriums an die Commission zurückgewiesen, und der weitere mündliche Bericht und die Diskussion hierüber auf die nächste Sitzung ausgesetzt.

Nachdem der Präsident dieselbe auf nächsten Freitag den 7. Februar d. J. Vormittags 9 Uhr festgesetzt, und die Tagesordnung hiefür verkündet hatte, erfolgt der Schluß der heutigen Sitzung.

Zur Beurkundung:
Der Präsident
Junghanns.

Der Secretär
Kapferer.

XXI. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer der Landstände.

Karlsruhe, den 1. Februar 1856.

In Gegenwart der Herrn Regierungscommissäre: Staatsrath Regenauer, Staatsrath Frhr. v. Wechmar und Ministerialrath Schmidt,

so wie

der Mitglieder der Kammer, mit Ausnahme der Abgeordneten: Blankenhorn-Krafft, Hübsch, Klauprecht und Paravicini.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Junghanns.

Nach eröffneter Sitzung werden durch das Secretariat folgende neue Eingaben angezeigt:

1. der Gemeinde Riegel, um Uebernahme der Straße vom Stationsgebäude zu Riegel bis Breisach in den allgemeinen Straßenverband, übergeben von dem Abg. Huber.
2. Derselben Gemeinde, um Uebernahme der Kosten für den Neubau und die Unterhaltung der Brücke bei Riegel auf die Staatskasse, übergeben von Demselben.
3. Der Stadtgemeinde Oppenau, Amts Oberkirch, um Belassung der sogenannten Kniebisstraße im Staatsstraßenverband oder Fortentrichtung des seitherigen Staatszuschusses, übergeben von dem Abg. Trefzger.
4. Der Gemeinde Hochemmingen, Bezirksamts Donaueschingen, Auszahlung rückständiger Militärverpflegungsgelder, übergeben von dem Abg. Kirsner.
5. Der Gemeinde Heddesheim in gleichem Betreff, übergeben von dem Abg. Allmang.
6. Des Bernhard Kasper von Nußbach, Bezirksamts Oberkirch, Rückzahlung eines Einstandskapitals von seinem verstorbenen Sohne Lorenz.
7. Der Wirthe zu Weinheim, um Abänderung der Weinaccisgesetze, übergeben von dem Abg. Allmang.
8. Der Wirthe zu Schwetzingen in gleichem Betreff.
9. Der Amtsactuare mehrerer Aemter des Seekreises, um Besserstellung.

Sämmtliche Petitionen werden der Petitionscommission überwiesen.

Auf die Aufforderung des Präsidenten erstattet hierauf der Abgeordnete

Nestler mündlich Bericht über das Ergebniß der neueren Berathung der Budgetcommission über das Budget der Zollverwaltung.

Der Schlußantrag der Commission geht dahin:

„die Einnahme für die Zollverwaltung für die Jahre 1856 und 1857 mit jährlichen . . 2,798,763 fl.
und die Ausgaben mit . . . . 954,765 „
zu genehmigen."

Zugleich wird die Berathung in abgekürzter Form beantragt.

(Der Bericht findet sich gedruckt im 5. Beilagenheft, Seite 243 bis 244.)

Badische Landesbibliothek Karlsruhe
Baden-Württemberg